Zweiter Punkt: die Institutionalisierung von KSZE-Institutionen, ebenfalls eine Möglichkeit, um die sicherheitspolitischen Fragen aus den bisher gegenüberstehenden Bündnissystemen herauszunehmen und auf einer neuen Ebene zu verankern. Auch hier besteht Übereinstimmung.

Dritte Übereinstimmung auch darin, daß von deutscher Seite hinsichtlich des Verzichtes auf Massenvernichtungswaffen bzw. der Frage der Begrenzung der Obergrenzen der deutschen Streitkräftestärken Initiativen vorgelegt werden.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch eine letzte Anfrage? Bitte schön.

Dr. Willerding (PDS):

Wenn Sie einverstanden sind, ich hätte zwei kurze Fragen. Ich finde, daß das natürlich ein wichtiges Ziel ist, daß NATO-Truppen nicht auf das Territorium der DDR vorrücken. Dem stehen aber Erklärungen aus verschiedenen NATO-Kreisen entgegen, die davon sprechen, daß mit der Integration des gesamten Deutschlands in die NATO natürlich die NATO sich auch für die Verteidigung des östlichen Teils, also des heutigen Territoriums der DDR verantwortlich fühlt. Welche Rolle messen Sie dabei dieser - wie Sie sagen - Territorialarmee, Nachfolgarmee der NVA, bei? Beziehungsweise wer trägt dann die Verantwortung dafür? Erstens.

Und zweitens: Sie haben gesagt, Sie können sich Deutschland nicht in einem Bündnis vorstellen, das für andere Staaten in Europa sozusagen einen feindseligen Eindruck macht. Oder so ähnlich haben Sie sich, glaube ich, ausgedrückt. Es ist ja erst einmal so, wenn ich die sowjetischen Erklärungen und andere verfolge, daß offensichtlich diese Befindlichkeit da ist. Heißt das, daß Sie gegen eine Integration auch dieses Teils Deutschlands in die NATO sind? Oder wie soll ich das verstehen, was Sie gesagt haben?

Dr. Missewitz, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:

Zum letzten Punkt: Wir haben klar gesagt, daß es für uns unakzeptabel ist, daß Deutschland an einem Bedrohungsmechanismus fortwirkt, der in den Zeiten der Konfrontation ausgebildet wurde, und daß es hier eine einseitige Lösung gibt. Deswegen sind unsere Aktivitäten darauf gerichtet, die Veränderung der NATO mit zu bewirken, das heißt in dem begrenzten Rahmen, in dem wir es können, in Abstimmung mit der Bundesrepublik. Und hier steht eben gerade das bevor, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Bündnissystemen eben in diesem Sinne entfalten und dafür Grundlagen geschaffen werden. Dafür treten wir ein im Rahmen des Warschauer Vertrages.

Können Sie die erste Frage noch einmal wiederholen?

(Dr. Willerding, PDS: Die erste Frage war: Wenn sich die NATO für den Sicherheitsraum bis an die Oder und Neiße verantwortlich fühlt, wer ist dann konkret verantwortlich? Ist das die Territorialarmee, oder ist das die Bundeswehr, oder wie stellen Sie sich das vor?)

Sie können die Verantwortlichkeit für diesen Sicherheitsraum unterschiedlich herstellen. Unser Ziel ist es, dafür eine vertragliche Regelung so zu finden, daß es keinen Anspruch der NATO zu geben braucht und soll, dieses Territorium zu sichern. Das heißt, daß diese Territorialstreitkräfte einen Typus von Streitkräften darstellen, der durch Nichtangriffsfähigkeit und vielleicht durch Merkmale ausgezeichnet ist, die künftigen KSZE-Streitkräften in Europa sowieso zu eigen sind. Also, hier sind auch Möglichkeiten der Absprache mit den Nachbarländern möglich. Diese Gedanken sind noch nicht weit genug fortgeschritten, aber es ist für uns vorstellbar, und es ist machbar, wenn die vertraglichen Möglichkeiten existieren, dieses festzuschreiben.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Da alle Fraktionen jetzt noch Gelegenheit haben, zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung zu nehmen, bitte ich doch in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, von weiteren Fragen Abstand zu nehmen.

Ich rufe jetzt von der Fraktion der DSU den Abgeordneten Klein auf.

Klein für die Fraktion der DSU:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jahrzehntlang war es das erklärte Ziel der Außenpolitik der SED-Regierung, in aller Welt die angeblichen Erfolge und Wohltaten des Sozialismus zu propagieren, die menschenverachtende Diktatur und die Mißwirtschaft der SED zu verschleiern, als Erfüllungsgehilfe stalinistischer Interessen zu dienen und die unnatürliche Teilung unseres Vaterlandes zu vertiefen, die freiheitlichen Demokratien des Westens zu bekämpfen und zur weltweiten Ausdehnung des real existierenden unterdrückerischen Sozialismus beizutragen.

Mit der friedlichen Revolution und den Wahlen zum ersten freien Parlament in unserem Teil Deutschlands haben wir die sozialistische Diktatur überwunden und unseren festen Willen zum Ausdruck gebracht, die Teilung unseres Vaterlandes zu beenden. Die Befreiung von den Altlasten kommunistischer Außenpolitik, die außenpolitische Absicherung des deutschen Vereinigungsprozesses, die schnelle und doch harmonische Zusammenführung der Außenpolitik der noch getrennten Teile Deutschlands bei gleichzeitiger Bewahrung erhaltenswerter Aspekte in den internationalen Beziehungen der Noch-DDR - dies sind die Aufgaben, die die Außenpolitik in den wenigen verbleibenden Monaten bis zu den gesamtdeutschen Wahlen zu erfüllen hat.

Der wichtigste Auftrag dabei ist die konstruktive Beteiligung an den Zwei-plus-vier-Gesprächen. Diese Gespräche haben drei Ziele:

1. die völkerrechtlich verbindliche Schaffung der Einheit Deutschlands
2. die Beendigung des bisherigen Berlin-Status und
3. die Bekräftigung der vollen Souveränität des vereinten Deutschlands.

Jede Belastung dieser Gespräche durch den Versuch, politisch-militärische Fragen zu lösen, die nur durch die Wiener KVAE-Verhandlungen und im Rahmen des KSZE-Prozesses geklärt werden können, führen zu einer zeitlichen Verzögerung des deutschen Einigungsprozesses. Unsere europäischen Nachbarn müssen wissen, daß von der deutschen Wiedervereinigung keinerlei Gefahr für sie ausgeht. Wir wünschen eine drastische Reduzierung des Militärpotentials und aller Rüstungsausgaben. Wir wünschen eine freiwillige Verzichtserklärung der Regierung des geeinigten Deutschlands auf atomare, biologische und chemische Waffen. Wir hoffen auf eine substantielle Reform der Strategie der NATO.

Uns als Deutschen steht es allerdings nicht zu, den Siegermächten Vorschriften zu machen, wie sie dies bewerkstelligen wollen. Der anmaßenden Haltung, als müsse am deutschen Wesen die Welt genesen, wollen wir in den neuen Anfängen wehren. Wir sind allerdings der festen Überzeugung, daß die Regierung des vereinigten Deutschlands ihre Politik freiwillig und in voller Souveränität entwickeln muß. Entschieden lehnen wir jede Art verdeckter oder offener Einschränkung dieser Souveränität ab.

Nach der demokratischen Revolution in der DDR und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung muß die Nachkriegszeit vorbei sein. Auch darf sich die Abrüstung nicht allein auf Deutschland beschränken. Wir lehnen jede Form der Singularisierung ab, die im Grunde nichts anderes als eine Diskriminierung ist.